

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtauschrift
Tageblatt Riesa
Sammel 1287
Postfach Nr. 59

Postredaktion:
Dresden 1530
Girokonto:
Riesa Nr. 59

Diese Zeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrats
zu Großenhain bestimmt Blatt und enthält amtliche Bekanntmachungen des Finanzamtes Riesa
und des Hauptzollamtes Meißen

Nr. 192

Freitag, 18. August 1939, abends

92. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, bei Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark, ohne Zustellgebühr, durch Postbeamte Nr. 214 einschließlich Zustellgebühr, bei Abholung in der Geschäftsstelle Wochenkarte (6 aufeinanderfolgende Nr.) 55 Pf. Einzelnummer 15 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 10 Uhr vormittags anzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die gesetzte 48 mm breite mm-Zeile oder deren Raum 9 Pf., die 90 mm breite, 3 geprägte mm-Zeile im Textteil 25 Pf. (Grundchrift: Petit 8 mm hoch). Ziffergebühr 27 Pf., tabellarischer Sch 50%, Aufschlag. Bei fernmündlicher Anzeigen-Befestigung oder fernmündlicher Abänderung eingeladener Anzeigensteller oder Probeablage schließt der Verlag die Inanspruchnahme aus Mängeln nicht drucktechnischer Art aus. Preissliste Nr. 4. Bei Konkurs oder Zwangsvergleich wird etwa schon bewilligter Nachschlag hinfällig. Erfüllungsort für Lieferung und Zahlung und Gerichtshof ist Riesa. Höhere Gewalt, Beitragsführungen usw. entbinden den Verlag von allen eingegangenen Verpflichtungen. Geschäftsstelle: Riesa, Goethestraße 50.

Oberschlesisches Volkstum unter dem polnischen Knüppel

Einzelheiten beweisen die Vernichtung des öffentlichen Lebens der Volksgruppe

Kattowitz. Die nunmehr vorliegenden Nachrichten aus allen Teilen Oberschlesiens lassen einen genauen Überblick über die bisher größte, von langer Hand vorbereitete Terroraktion der polnischen Behörden gegen die deutsche Volksgruppe zu. Sämtliche Geschäftsstellen der Jungdeutschen Partei, der Gewerkschaft deutscher Arbeiter, der Gewerkschaft der deutschen Angestellten und des deutschen Volkstheaters sind im Verlaufe der mit rücksichtloser Schärfe durchgeführten Aktion geschlossen und versteigert worden. Ebenso erfolgte die Schließung der Räume des Deutschen Kulturbundes in Kattowitz und der Gewerkschaftsräume des Deutschen Volksbundes in Lublin, Tarnow, Rybnik. Damit ist die gesamte politische und kulturelle Tätigkeit der deutschen Volksgruppe in Oberschlesien vernichtet.

Die Zahl der verhafteten Volkstümlichen lädt sich wegen ihres östlichen Umfangs noch immer nicht annehmen feststellen. Sie beträgt jedoch zur Zeit weit über 1000. Die Angehörigen der Verhafteten, die sich in ihrer Sorge nach deren Schicksal erkundigen, werden von den Behörden rücksichtslos abgewiesen. Überall herrscht die Überzeugung vor, daß die grausamen Verhaftungen nur zu dem Zweck erfolgt sind, um Geiseln in die Hand zu bekommen.

Die volksdeutsche Presse ist praktisch nur noch in beschränktem Umfang von Bedeutung. Die Organe der Jungdeutschen Partei, "Der Aufruhr" und "Die Deutschen Nachrichten", wie auch "Die Deutsche Volksgemeinschaft", das Blatt der Volksdeutschen Jugend, und "Der Deutsche Prediger für Polen" haben ihr Erscheinen einstellen müssen, weil die Redaktionsräume versteigert worden sind. Nur die "Kattowitzer Zeitung" und der "Oberschlesische Kurier" in Königsberg, bei dem zwei Schriftleiter und der Betriebsleiter verhaftet worden sind, versuchen, so gut es die Verhältnisse zulassen, zu erscheinen.

Polnische Außständische möchten „Deutschland vernichten“

Nie. Blätter des polnischen „Siegestaumes“

Kattowitz. Eine Tagung der Ortsgruppenleiter des berüchtigten polnischen Außständischenverbandes, dessen Ehrenvorsitzender der nicht minder berüchtigte polnische Wojwode in Kattowitz Dr. Gracanits, ist fast nach der Vorbereitung der alljährlich stattfindenden Hauptversammlung "Der Marsch an die Oder" am 19. und 20. August eine Entschließung, die wieder einmal mehr Danzig gibt von dem hoffnungsfrohen Größenwahn polnischer Großmäuler. Es wird in der Entschließung festgestellt: "Die Deutschen müssten genau, daß ein „Angriff“ auf Polen nur zur „Vernichtung“ Deutschlands auf Jahrhunderte hinaus führen würde. Wenn es zum Kampf kommt, würden die Außständischen gemeinsam mit der polnischen Armee genau so wie ihre Väter für die endgültige Rückkehr der historischen slawischen Erde zu Polen kämpfen."

Die Bedrückung des Deutschstums in Polen reicht nicht ab

Posen. Die Drangaliertungen der Deutschen in Polen machen klimenartig an. So wurde auf behördliche Anordnung jetzt auch die Motormühle des Volksdeutschen Städt in Jahn (Kreis Kosten) geschlossen, nachdem ihm bereits vor einigen Wochen der Betrieb seiner Bäckerei unterlaufen worden war. Dem deutschen Landwirt Degler aus Schlowitz (Kreis Mogilno), Besitzer einer 400 Hektar großen Landwirtschaft, wurde ein Pole als Zwangsverwalter vor die Haie gelegt, da Degler angeblich die Ernte zu langsam einbrachte.

In Kolmar ist der Volksdeutsche Peplinski durch die Kreisbehörden aus der Grenzzone ausgewiesen worden. Er ist in dem Peplinski noch dazu von der Postdirektion die Benachrichtigung für den Bau und Verkauf von Kundfunkgeräten mit sofortiger Wirkung entzogen worden, so daß nun die wirtschaftliche Existenz des Peplinski völlig zerstört ist.

"Zienni Poznański" meldet die Schließung der öffentlichen deutschen Schulen in Gniezno und Szczecin durch das Posener Kreisschulratatorium. Als Grund wurde zu geringe Schülerzahl vorgeführt.

Das Bürgergericht in Graudenz verurteilte den Volksdeutschen Oswald Steinborn aus Venken-Hauland zu sechs Monaten Arrest. Die Volksdeutsche Eul Bach aus Venken-Hauland und die Frau Selma Lohlein aus Rudnik erhielten sechs Monate Gefängnis wegen angeblicher Verbreitung falscher Nachrichten.

Der Volksdeutsche Otto Jenisch, Leiter der Dampfmühle in Samter, wurde wegen Beleidigung des polnischen Staates verhaftet. Das gleiche Schicksal erlitt der Volksdeutsche Max Kuhner in Jabolonna, der in das Gefängnis nach Böhlstein gebracht wurde. Ein Grund für die Verhaftung des Kuhner ist bisher nicht bekannt geworden.

Wie die Polen in der Ukraine wüteten

Lemberg. Auch in der Ukraine nimmt der polnische Terror von Tag zu Tag schärfere Formen an. Die letzten Nachrichten melden von 200 Verhaftungen allein in Lemberg, von mehr als 700 in der Provinz, abgelehnen da-

Britische Heuchelei am Pranger

London erfindet und „dementiert“ Konferenzerüchte — Was Reuter unter „bewunderungswürdiger Ruhe und Geduld“ der polnischen Regierung versteht

London. Das Reuterbüro nimmt gestern abend in einer Verlaubbarung zu den Kombinationen und Gerüchten über eine Biermädelkonferenz wie folgt Stellung: Während die britischen Zeitungen voller Berichte aus verschiedenen Hauptstädten Europas über die sogenannten Friedenspläne waren, erläutert Reuter aus amtlichen Kreisen, daß dort nichts von irgendeiner Friedenskonferenz bekannt ist. Das Gerücht, daß in den letzten Tagen am meisten verbreitet wurde, besteht in einem Plan für eine Biermädelkonferenz zwischen Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien. Dieses Gerücht, so glaubt man in London, sei jedoch offenbar lediglich ein anderer Schachzug im sogenannten Rennenkrieg. Die Verbreitung dieses Gerüchts werde als eine von den Achsenmächten gezielte Propaganda angesehen zu dem Zwecke, Verdacht in polnischen Kreisen über die wahren Absichten der britischen Regierung zu erzeugen. Wenn es eine derartige Konferenz gäbe, so würde offensichtlich Polen das haupthäufigste Land sein, das man einlade. Was die Frage anche, ob eine Konferenz überhaupt wünschenswert sei, so gebe die Ansicht in London dahin, daß die Frage nicht von der britischen Regierung entschieden zu werden brauche, noch sei dies eine Frage, an der sie Stellung zu nehmen brauche.

Die bewunderungswürdige Ruhe und Geduld der polnischen Regierung angesichts der händig wachsenden Provokation werde in London voll gewürdigt. Da tauchte in diesen Tagen in den Zeitungen der Westmächte eine Meldung auf, die davon wissen wollte, daß eine Konferenz der vier Außenminister Deutschlands, Italiens, Englands und Frankreichs in aller Eile stattfinden, in der die Danzigfrage geregelt werden sollte. Wohlverstanden, bei den Westmächten tauchte diese Meldung auf, wenn man aber das Kommentar des Reuterbüros liest, dann fragt man sich, waren sie oder die anderen der Hölle der von nichts weiß? Weit werden auf einmal die Achsenmächte verantwortlich gemacht.

Deutschland hat mit dem ganzen Geschebe nicht das Mindeste zu tun, denn es hat es nicht nötig, sich sein unabbildbares Recht auf das deutsche Danzig noch durch irgendwelche Aufhandelsgeschäfte auf irgendeinen Kontrahenten bekräftigen zu lassen! Danzig ist deutsch und seine Bevölkerung will genau so wie das Sudetenland und die Ostmark beim ins Reich. Das ist keine Aufgabe für Konferenzen, sondern eine Frage der Einsicht der verantwortlichen Staatsmänner in diese Notwendigkeit. Nicht durch Konferenzbesprechungen ist dieses Problem zu lösen, son-

dern nur durch eine radikale Lösung im deutschen Sinne, denn wir können es nicht mehr mit ansehen, daß deutsche Freunde in deutschen Augen als Fremde behandelt werden.

Einzig und allein die britische Propaganda hat wieder einmal einen übeln Reinklang mit dieser Wunderkonferenz erlebt. Deutschland und Italien kennen ihre nächsten Schritte und sie lassen sich auch durch „wohlgemeinte englische Rüder“ nicht davon abbringen.

Es bedürfte auch gar nicht mehr des Tales in der Neuerausfassung, die „bewunderungswürdige Ruhe und Geduld der polnischen Regierung“ angeht, der baldig wachsenden Provokation werde in London voll gewürdigt, um über die britische Einstellung resolut klarheit zu bekommen.

England scheint die polnischen Zeitungen und Zeitungen überbaute nicht zu leiden oder nicht zu vertehen. Kennt man das in England „bewunderungswürdige Ruhe und Geduld“, wenn sich der polnische Chauvinismus ansetzt und in geradezu sich übertragenden Forderungen Danzig und Ostpreußen, in Pommern und Schlesien in Tönen und Schlagworten, wie „Auf nach Berlin“ oder „Marshall an die Oder!“ ergeht.

Vor dem Martiniuum, das deutsche Menschen auf deutschem Boden, der durch das Schwandlitz von Berlinoes geräubt wurde, erleiden, scheint man in England auch nichts bemerkte zu haben. Während die übrige Welt langsam aber sicher erkennt, daß es mit dem polnischen Chauvinismus auch jenseits eines Palästina in den Palästina gelingt, loben die englischen Männer weiter Polen und hoffeln sie noch richtig auf, immer frecher und frecher zu werden.

„Bewunderungswürdige Ruhe und Geduld“ ist das ja nun gerade nicht, was und die Polen täglich demonstrieren. Das deutsche Volk hat von „bewunderungswürdiger Ruhe und Geduld“ eine andere Vorstellung als die Engländer, in deren Weltreich ja Greuel, Bombenexplosionen usw. an der Tagesordnung sind. Nur so ist es zu erklären, daß man in England die polnischen Taten mit derselben eisernen Gelassenheit, um nicht zu sagen infamen Heuchelei, umnimmt wie die Taten in Palästina.

Die polnische Regierung wird nicht von den Deutschen provoziert, sondern die unverhämmernden polnischen Chauvinisten provozieren Deutschland und die deutsche Bevölkerung der ehemalig deutschen Gebiete. Die Leiden der deutschen Bevölkerung — 76 000 verliehen bereits Hand und Fuß — unter der polnischen Künste scheinen bereits zum Himmel und fordern immer gebieterischer eine Abhilfe!

Danzigs Kampf, ein Kampf des deutschen Rechts

Tagung führender deutscher Rechtswahrer dokumentiert die Rechtsmäßigkeit des Danziger Schicksalskampfes

Re. Danzig. In der Zeit vom 21. bis 25. August veranstaltete das Reichsrechtamt der NSDAP gemeinsam mit dem NS-Reichswohrturm, dem Bau-Tanzig der NSDAP, der Auslandorganisation der NSDAP, und in Zusammenhang mit allen in Frage kommenden Ministerien und Behörden in Joppot eine Tagung führender deutscher Rechtswahrer aus Partei und Staat. Es ist Ziel und Aufgabe dieses Treffens, in klarer und wissenschaftlicher Weise die rechtlichen und politischen Probleme des Ostens, insbesondere der Freien Stadt Danzig, durch führende Männer aus Politik, Wissenschaft und Rechtsschule zu behandeln und die Rechtsmäßigkeit der Stellungnahme Danzigs und des Reiches zu den gegenwärtigen aktuellen politischen Problemen zu beweisen.

Das Treffen wird eröffnet durch eine Rede des Gauleiters Albert Forster, Danzig, an die sich ein Vortrag des Leiters der Auslandorganisation, Gauleiter Bohle, anschließt. Zum Thema "Der Kampf Danzigs, ein Rechtskampf" wird Reichsleiter Dr. Frank grundlegend Stellung nehmen. Weiterhin werden der Chef der Kanzlei des Führers, Reichsleiter Bonhag, zum Thema "Kampf des Führers um die Schaffung eines ein-

eren Großdeutschlands" und Reichsminister Dr. Schenck anwalt über die Radikalierung der Umarbeit sprechen. Als weitere Redner des Treffens kommen Staatssekretär Dr. Stark über Rechtsfragen der heimgelehrten Gebiete, Staatssekretär Karl Hermann Frank über das Zusammenleben von Deutschen und Polen im Protektorat und Staatssekretär Kormasin, Preßburg, über den verfassungsrechtlichen Zustand des freuden Volksraums in der Slowakei an Worte. Eine Reihe von weiteren rechtlichen und historischen Themen, die für den deutschen Üter von Bedeutung sind, werden durch Staatssekretär Dr. Kreidels, Gauleiterleiter Poehlack, Danzig, Prof. Dr. Recke, Danzig, Oberbürgermeister Dr. Mann, Magdeburg, und Prof. Müller, Danzig, behandelt werden.

Die Zusammenkunft markanter Repräsentanten des deutschen Rechtstribuns, der Anhänger und wissenschaftliche Ernst der Tagung und die Aktualität der angeschnittenen Probleme werden das unverrückbare Recht des deutschen Danzigs in voller Klarheit vor den Augen der Weltöffentlichkeit behandeln und den Nachweis erbringen, daß in diesem Kampf das Recht auf Danzigs Seite ist.

einer Schreibmaschine der Prom-Bank geschrieben und in den Geschäftsräumen der Bank verewigt worden sein soll. Auch in zahlreichen anderen Dörfern wurden wegen geringfügiger Vergehen, die unter politischen Gesichtspunkten fälschlich aufgebaut wurden, in der Ukraine drakonische Strafen verhängt, und wie die Volksdeutschen merken auch die Ukrainer wegen angeblicher polenfeindlicher Verbrennung auf Grund von Angaben von Spiegeln bestraft. So bestätigte das Appellationsgericht in Lemberg ein Urteil, durch das 44 Ukrainer zu 8 Monaten Gefängnis bestraft worden waren, weil sie an einem Demonstrationstag teilgenommen und antipolnische Rufe ausgestossen haben sollen.